

Mittheilungen

über die Verhandlungen des Landtags.

II. Kammer.

N^o 40.

Dresden, am 24. März

1849.

Acht und dreißigste öffentliche Sitzung der zweiten Kammer am 20. März 1849.

Inhalt:

Registrandenvortrag. — Entschuldigung. — Rüge des Präsidenten, an die Zuhörer der mittlern Tribüne gerichtet, wegen stattgefundenen rohen Betragens. — Interpellation des Abg. Wehner, die Leipziger Bank betreffend. — Beantwortung derselben durch den Staatsminister D. Weinlig. — Berathung des Berichts des Finanzausschusses über die Petition der Flachspinnerei Girschfelde um Uebernahme von 250 Stück Partialobligationen im Betrage von 25,000 Thlr. Seiten des Staates; oder aber um einen zinslichen baaren Vorschuß von 25,000 Thlr. aus Staatscassen. — Beschlußfassung. — Berathung des Berichts des zweiten Ausschusses über den Antrag des Abg. Feldner, eine Zusatzbestimmung zu §. 15 des Staatsdienergesetzes vom 7. März 1835 betr. — Beschlußfassung. — Wahl einer außerordentlichen Deputation für die Reform des Verwaltungswesens. — Vortrag und Genehmigung einer Landtagschrift, die Abänderung der §§. 85 und 120 der Verfassungsurkunde betreffend.

Die Sitzung beginnt gegen $\frac{1}{2}$ 11 Uhr in Anwesenheit des Staatsministers D. Weinlig und von 65 Kammermitgliedern mit Verlesung des über die letzte Sitzung durch Secretair Frißsche geführten Protocolls, nach dessen sofortiger Genehmigung und Mitvollziehung durch die Abgg. Steche und Wehner die Registrande vorgetragen wird, wie folgt:

1. (Nr. 694.) Petition der Gemeinde Wiederau wegen schleuniger und unentgeltlicher Beseitigung der Feudalbelastungen, insbesondere des Erbzinnes; überreicht vom Abg. Müller aus Taura.

Präsident Hensel: An den vierten Ausschuß.

2. (Nr. 695.) Der Abg. Richter aus Hartha überreicht und bevormundet eine Petition des öconomischen Vereins zu Waldheim um Fortbestehen der Landesbeschälanstalten.

Präsident Hensel: An den dritten Ausschuß.

3. (Nr. 696.) Gesuch des Gemeindevorstands Richter und Genossen zu Reichenau um Verwendung bei der Staatsregierung, daß Sachsen mit fremden Truppen, ohne durch einen äußern Feind gebotene Nothwendigkeit, verschont bleibe; vom Abg. Voigt überreicht.

II. R. (Zweites Abonnement.)

Präsident Hensel: Ich schlage der Kammer vor, diese Petition, die sich durch einen neulichen Beschluß der Kammer erledigt hat, an die erste Kammer mit zu überweisen.

4. (Nr. 697.) Petition der Bewohner zu Hartmannsdorf bei Burgstädt, Friedrich Ernst Zimmermann's und Genossen, um sofortige unentgeltliche Aufhebung der ihnen von dem Grafen Alban v. Schönburg eigenmächtig und widerrechtlich auferlegten Feudal- und sonstigen Lasten; überreicht von dem Abg. Köckel.

Präsident Hensel: An den vierten Ausschuß.

5. (Nr. 698.) Petition von 20 Bewohnern des nämlichen Ortes, David Schönfeld's und Consorten, um sofortige unentgeltliche Aufhebung der vom Grafen Alban v. Schönburg auf eigenmächtige und widerrechtliche Weise verfügten Lehnsabgabe; überreicht vom Abg. Köckel.

Präsident Hensel: An den vierten Ausschuß.

6. (Nr. 699.) Gesuch des Berg- und Hüttenarbeitervereins zu Freiberg um Verschonung mit Einlegung fremder Truppen; vom Abg. Reimann überreicht.

Präsident Hensel: An die erste Kammer abzugeben.

7. (Nr. 700.) Petition der aus 325 Meistern bestehenden Weberinnung zu Dederan, unter Anschluß des dasigen, gegen 1200 Mitglieder zählenden Vaterlandsvereins, betreffend die Aufhebung der das Wandern der Handwerksgehülfen beschränkenden und hindernden gesetzlichen Bestimmungen; eingeführt vom Abg. Reimann.

Präsident Hensel: An den vierten Ausschuß.

8. (Nr. 701.) Petition Gotthilf Friedrich Lent's zu Eibenstock, eine gerechtere Vertheilung der Communallasten betreffend; überreicht vom Abg. Meinel.

Präsident Hensel: An die außerordentliche Deputation für Reform der Verwaltungsgesetzgebung.

9. (Nr. 702.) Petition Ludwig Gläß's und Genossen daselbst um Aufhebung des an das dortige Rentamt zu zahlenden Hausgenossenschußgeldes; vom Abg. Meinel eingebracht.

Präsident Hensel: An den vierten Ausschuß.

10. (Nr. 703.) Gesuch der Communalgarde zu Dohna (mit Ausnahme eines Gardisten), bei der Staatsregierung